

Die Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe.

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium Dr. Südekum und Hugo Simon empfingen heute einen Vertreter der V. V. A. und erklärten ihm im Verlaufe eines längeren Gespräches u. a.:

„Lokale Versuche der Sozialisierung sind in keiner Weise zu billigen, denn sie fügen sich nicht organisch in die Volkswirtschaft ein, sondern fördern nur die Desorganisation und verlangsamen den so dringlichen Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Bei den ungeheuren Lasten, die der verlorene Krieg uns auferlegt und die die Zukunft von uns heischt, ist nur straffste Organisation und solidarische Arbeit jedes Volksgenossen imstande, zu der notwendigen Erhöhung unserer produktiven Leistungsfähigkeit beizutragen. Jede Verringerung der Produktion und der Produktionsfähigkeit ist ein Verbrechen am Volke.

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium sind der Ueberzeugung, daß die nach sorgfältiger Prüfung als reif zur Sozialisierung erkannten Betriebe und Industrien, z. B. die Gewinnung aller Monopolprodukte oder die Versorgung mit Elektrizität, mit möglichster Beschleunigung in Gemeingut überführt werden müssen. Diese Sozialisierung kann natürlich keine individuelle und einseitige Konfiskation darstellen.

Die sowohl im Reich wie in Preußen geplanten Steuern werden es ganz von selbst mit sich bringen, daß auch die zunächst in kapitalistischer Betriebsform weiterbestehenden Gewerbe mehr oder weniger ihren früheren rein privaten Charakter einbüßen und zu den Gemeinlasten mehr als bisher beitragen.

Die Abwanderung von Vermögen in das Ausland muß unbedingt unterbunden werden. Abschlebung von Vermögensteilen in dieser Zeit ist wie Flucht vor dem Feinde zu betrachten. Die Leute, die sich ihrer schuldig gemacht haben, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Solchen Unterschleifen werden reichs- und landesrechtliche Behörden sehr bald durch durchgreifende Maßnahmen einen Riegel vorschieben.“